

W. M. WEBER

Aussiedler-Familie Wajdner: „Das Leben hat denen arg mitgespielt“

Rußlanddeutsche

Rauhe Sitten

Strenge Sprachprüfungen sollen Aussiedler abschrecken. Notfalls werden ganze Familien zurückgeschickt.

Angespannt sitzt die zierliche Frau auf ihrem Stuhl, die Schultern hoch an den Kopf gezogen. Immer wieder fährt sie mit der Hand zum Gesicht, als wolle sie Angst und Verstörung wegwischen.

Dabei fragt der Mann hinterm Schreibtisch nur freundlich: „Wie heißen Sie?“ „Lidija Kolpakova“, antwortet die Frau zaghaft. „Welchen Beruf haben Sie?“ „Ich bin Kindererzieherin“, sagt sie leise. „Und wo lebt Ihre Mutter?“ will der Mann jetzt noch wissen – „meine Mutter wohnt in Essen“.

Na also, es geht doch.

„Ein einfaches Gespräch kann man mit ihr ohne weiteres in deutscher Sprache führen“, sagt Christoph Kurpierz vom Caritasverband in Bochum.

Neulich ging das nicht. Da saß Lidija Kolpakova mit Ehemann Viktor und ihren drei Kindern in Zimmer 18 des Erstaufnahmelagers für Spätaussiedler im nordrhein-westfälischen Hamm. Gerade erst aus Rußland eingetroffen, brachte die 29jährige kein Wort in der Sprache ihrer Vorfahren heraus.

Was der Sozialarbeiter Kurpierz sehr gut verstehen kann. In barschem Ton sei die Frau abgefragt worden, ohne Rücksicht darauf, daß sie derzeit offenkundig psychisch nicht belastbar sei.

Die Sitten sind rauher geworden in den Aufnahmeeinrichtungen des Bundes für Spätaussiedler: Wer kein Deutsch kann, fliegt raus.

„Sie waren nicht in der Lage, die Ihnen in deutscher Sprache gestellten Fragen zu verstehen“, beschied das Bundesverwaltungsamt Frau Kolpakova. „Sie müssen daher die Aufnahmeeinrichtung im Laufe des heutigen Tages verlassen.“

Eben noch eine hoffnungsvolle Spätaussiedlerfamilie mit Anspruch auf diverse soziale Leistungen, fanden sich die Kolpakovas unversehens auf der Straße wieder: als Ausländer mit zeitlich begrenztem Visum, obdachlos, ohne Geld und von Abschiebung bedroht.

Die Familie fällt einer unehrlichen Aussiedlerpolitik zum Opfer, die einerseits den Deutschstämmigen in der ehemaligen Sowjetunion unverdrossen versichert, sie könnten ohne weiteres in die Heimat ihrer Ahnen ziehen, andererseits aber Hürden und Schikanen aufbaut, damit möglichst wenige dies tun. Janusköpfiges Motto: Ihr könnt gern kommen, solange ihr bleibt, wo ihr seid.

Tatsächlich hat die Regierung in Bonn erkennen müssen, daß der gesetzlich mögliche Zuzug von jährlich 225 000 Aussiedlern massive soziale und finanzielle Probleme schafft. Nur zugeben will sie das nicht.

Als die SPD im Frühjahr – ganz populistisch mit Blick auf drei Landtagswahlen – dazu aufrief, das „Tabuthema Aussiedler“ endlich anzupacken und die Zahl der Zuwanderer deutlich zu senken, war bei der Union die öffentliche Empörung noch groß. „Das Tor bleibt offen“, versprach Helmut Kohls Aussiedlerbeauftragter Horst Waffenschmidt (CDU) immer wieder, „wir stehen an der Seite der Menschen, die zu uns gehören.“

Aber in Wirklichkeit wird die Aufnahmequote, wenn es nur irgendwie geht, gedrückt. So kamen bis Ende Oktober 144 000 Spätaussiedler nach Deutschland – 27 000 weniger als im Vorjahreszeitraum. Schon werden die ersten Übergangswohnheime, wie etwa das ehemalige „Post-Hotel“ in Schwalbach im Main-Taunus-Kreis, geschlossen.

Geholfen hat ein einfacher Trick: Während früher der Nachweis deutscher Abstammung, die Pflege deutschen Brauchtums und Sprachkenntnisse auch schon mal unabhängig voneinander als Zeugnisse deutscher Volkszugehörigkeit akzeptiert wurden, geht heute ohne Deutschkenntnisse gar nichts mehr. Anders seien deutsche Kultur und Erziehung ja gar nicht zu vermitteln, befindet das Bundesverwaltungsamt.

Ein kürzlich verkündetes Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin bestätigt diesen Kurs. Die Richter hatten den Anspruch eines Deutschstämmigen aus Perm mit dem Hinweis auf fehlende Sprachkenntnisse zurückgewiesen: „Wer Russisch als Muttersprache spricht, ist grundsätzlich dem russischen Kulturkreis zuzurechnen.“

„Da ging es nur um einen speziellen Einzelfall“, sagt Alois Reiss, Vorsitzender der rußlanddeutschen Landsmannschaft in Stuttgart. „Grundsätzlich haben die Gerichte bisher die Sprache nur als eines von mehreren Kriterien betrachtet, so wird das auch bleiben.“

Den „lieben Deutschen in der GUS“ (Waffenschmidt) hilft das wenig. Wenn sie ihre Aufnahmeanträge im fernen Kasachstan ausfüllen und ganz ehrlich ein-

räumen, daß sie nur über spärliche Sprachkenntnisse verfügen, brauchen sie sich gar nicht weiter zu bemühen: Die Ablehnung vom Bundesverwaltungsamt in Köln erfolgt prompt.

Und wer gemogelt hat, wird eben in Deutschland herausgesiebt.

„Sie, Frau Kolpakova, haben nicht glaubhaft machen können, daß es sich bei Ihnen um eine deutsche Volkszugehörige handelt“, schrieben die Kölner Beamten unter Hinweis auf die nur „äußerst rudimentären deutschen Sprachkenntnisse“ und zogen den Aufnahmebescheid zurück.

Da spielt es gar keine Rolle, daß ihre Geschwister mit Kindern bereits in Deutschland leben, die Mutter erst vor wenigen Monaten und die Großmutter bereits vor drei Jahren als Spätaussiedlerinnen anerkannt wurden.

Immerhin fand die Familie bei Verwandten Unterkunft, was nur der Vermieter nicht wissen darf. Doch wenn im Januar das Besuchsvisum abläuft, müssen die Kolpakovas wieder gehen – freiwillig oder unter Zwang. Zurück an den Oberen

Die Freude über die Brüder und Schwestern hat sich verflüchtigt

Don, wo sie gerade erst alles aufgegeben, das kleine Häuschen für knapp 1300 Mark verkauft und ihre Arbeitsplätze gekündigt hatten.

„Derartige Fälle häufen sich“, sagt Wolfgang Barth, Leiter des Referats Immigration bei der Arbeiterwohlfahrt in Bonn. Nach Angaben des Diakonischen Werkes werden seit einem halben Jahr immer mehr Aufnahmebescheide wegen mangelnder Sprachkenntnisse zurückgezogen, man registriere sogar einen „sprunghaften Anstieg“.

Die Betroffenen ziehen erst einmal zu Verwandten oder Freunden und versuchen mit deren Hilfe juristisch gegen die Ablehnung vorzugehen. Andere tauchen in den bestehenden russischen Gemeinden unter oder reisen tatsächlich zurück.

„Das sind höchstens ein paar Ausnahmen“, meint allerdings Jürgen Hensen, Präsident des Bundesverwaltungsamtes. Daß da überhaupt Menschen mit einem Aufnahmebescheid herkommen, die alles hinter sich gelassen haben und dann plötzlich mittellos auf der Straße sitzen, kann er sich nicht vorstellen. „Soweit darf das eigentlich gar nicht kommen.“

Eigentlich.

Anneta Wajdner, 60, traf am 31. März mit Tochter, Schwiegersohn und Enkelin aus der Ukraine im Aufnahmelager Friedland ein. Zwei Wochen glaubte sie sich am Ziel ihrer Träume – dann dachte sie daran, sich das Leben zu nehmen.

„Der Aufnahmebescheid wird zurückgenommen“, hatte ihr ein Herr L. Meyer „mit freundlichen Grüßen“ und im Auftrag des Bundesverwaltungsamtes mitgeteilt. „Sie müssen daher die Aufnahmeeinrichtung verlassen.“ Der Grund: „Nach Ihrer Einreise wurde bei der Anhörung festgestellt, daß Sie über keine deutschen Sprachkenntnisse verfügen.“

Warum das so war, wollte niemand wissen. Dabei war Millionen von Rußlanddeutschen der Gebrauch ihrer Muttersprache noch zu Stalins Zeiten verboten worden. Also gaben sie dieses Erbe auch nicht an ihre Kinder weiter.

Anneta Wajdner war als Kind deutscher Eltern im Dorf Beregowoje auf der Krim aufgewachsen. Nachdem jedoch Hitler 1941 die Sowjetunion überfallen hatte, mußten die Rußlanddeutschen dafür büßen.

Stalin ließ sie in Waggons verfrachten und in tagelanger Fahrt von ihren Siedlungsgebieten auf der Krim nach Kasachstan verschleppen. „Dort wurden wir als Faschisten beschimpft und standen unter ständiger Kontrolle“, erinnert sich Anneta Wajdner, „Deutsch sprechen war damals lebensgefährlich.“ In jener Zeit verlernte sie ihre Muttersprache.

„Das Leben hat denen so arg mitgespielt und jetzt so etwas“, klagt ihre Cousine Eugenia Galster, die schon 1984 in den Westen ausreiste und nun ihre Verwandten vorübergehend aufgenommen hat. „Ich konnte doch auch kein Deutsch, als ich hierherkam.“

Damals herrschte noch Kalter Krieg, und jeder dem Ostblock abgerungene Aussiedler wurde als Sieg über den Kommunismus gefeiert. Bei vier Millionen Arbeitslosen und leeren Sozialkassen hat sich die Freude über die Rückkehr der Brüder und Schwestern inzwischen weitgehend verflüchtigt.

Und damit noch ein paar weniger von ihnen kommen, hat des Kanzlers Waffenschmidt eine große Bildungsoffensive in den Heimatländern der Rußlanddeutschen gestartet. Mehr Sprachkurse und mehr Sprachtests sollen die spätere Eingliederung der Ausreisewilligen in Deutschland erleichtern und die Spreu vom Weizen trennen: Wer flott parliert, darf schneller kommen – wer durchfällt, muß zu Hause bleiben.

Derzeit werden etliche Antragsteller vom Bundesverwaltungsamt aufgefordert, zur Sprachprüfung im Deutschen Generalkonsulat in Nowosibirsk, im Hotel Zentr Rossii, persönlich vorzusprechen, andernfalls könne ihr Begehren nicht weiter bearbeitet werden.

Einer muß aus Pawlodar in Kasachstan anreisen, etwa 600 Kilometer entfernt. Ein anderer lebt Moskalenki – der hat eine 700 Kilometer weite, beschwerliche Tour durchs winterliche Sibirien zu absolvieren.

Und, nur damit das klar ist: „Eventuell anfallende Reisekosten“, so das Kölner Amt, „können nicht ersetzt werden.“ ❑